

# DEUTSCHE MEDICINISCHE WOCHENSCHRIFT.

Mit Berücksichtigung der öffentlichen Gesundheitspflege und der Interessen des ärztlichen Standes.

Achter Jahrgang.

Redacteur Dr. P. Börner.

Druck und Verlag von G. Reimer in Berlin.

## I. Der Etat des Ministeriums für geistliche, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten für 1882/1883 im Preussischen Abgeordnetenhaus.

### 1. Das Medicinalwesen.

In einer der letzten Abendsitzungen des Preussischen Abgeordnetenhauses ist noch ein Gegenstand endlich zur Debatte gekommen, der von der weittragendsten Bedeutung nicht nur für die Kreise ist, denen die Leser dieser Wochenschrift angehören, sondern für das gesammte Wohl des Volkes, die Medicinalverfassung Preussens. Characteristisch für unsere parlamentarischen Verhältnisse hatte die Debatte über den Cultus-Etat schon 9 Sitzungen gedauert, als das nunmehr unaufmerksame Haus kaum einige Minuten für den betreffenden Titel des Budgets übrig hatte. Es wird nachgerade Zeit, dass die Aerzte diesen parlamentarischen Dingen mehr Aufmerksamkeit zuwenden, als es bisher geschehen ist. Alle anderen Berufsklassen, vor Allem die Juristen haben einen maassgebenden Einfluss schon bei den Wahlen sich gesichert. Gilt es die Anwaltordnung, oder die den Rechtsanwälten zukommenden Honorare, so wird mit einem Aufwand an Zeit und Beredsamkeit darüber in den gesetzgebenden Versammlungen gesprochen, als gälte es das Heil des Vaterlandes. Die Aerzte dagegen werden zu freiwilliger Thätigkeit für Commune und Staat jeden Augenblick in Anspruch genommen, kommt aber irgend eines ihrer Interessen zur Verhandlung, so hat man kein Ohr dafür. Man sage nicht, dass die Frage der Medicinal-Reform in Preussen allein eine lediglich particularistische Bedeutung habe; einerseits ist das deutsche Reich zum Glück längst ein Organismus, dessen einzelne Theile nicht mechanisch an einander gereiht sind, sondern in physiologischem Zusammenhang miteinander stehen, sodass jeder Schaden des einen Gliedes das andere in Mitleidenschaft zieht, andererseits ragt Preussen räumlich und nach seiner Bevölkerungszahl so innerhalb des deutschen Reiches hervor, dass eine deutsche Medicinal-Reform unmöglich ist, solange Preussen sich ihr nicht anschliesst.

Der unermüdliche Vertreter der Interessen des ärztlichen Standes im Reichstage wie im preussischen Abgeordneten-Hause, Herr Thilenius, hat natürlich auch diesmal nicht versäumt, trotz der berührten ungünstigen Verhältnisse für dieselben einzutreten. Er konnte darauf hinweisen, dass er bereits 1877 seine Aeusserungen damit geschlossen habe: „Wir haben nun mit einer Seuchenordnung für das ganze Deutsche Reich für das liebe Vieh gesorgt; es wäre doch nun wohl an der Zeit, dass wir uns auch einmal von Staatswegen um die Menschenseuchen kümmern“. „Gerade in der letzten Zeit“, fuhr er fort, „machen wieder Scharlach, Diphtheritis, Masern und leider auch die Blattern ihren verhängnissvollen Weg durch das Land, der immer noch durch zu viel Leichensteine gekennzeichnet wird. Meine Herren, es fehlte heute noch den zunächst berufenen Behörden, wenn es gilt, localen Seuchenherden entgegenzutreten, den Kreisphysikern, an der nöthigen Initiative; ich sage ausdrücklich Initiative, nicht Executive, die verlange ich garnicht; aber es fehlt ihnen auch das Recht, aus eigener amtlicher Machtvollkommenheit die Maassregeln anzuordnen, wie man diesen Krankheiten entgegengehen soll. Ich will in dieser Beziehung den Verwaltungsbehörden keinen Vorwurf machen, es fehlt eben nicht am Willen, sondern am Apparat. Ich erkenne sogar sehr dankbar an, dass der Herr Minister in allen Fällen, wo seine Mitwirkung in Frage gekommen ist, die dankenswertheste Energie entfaltet hat.“

Er ging dann über zu der zweiten Frage, wie die unentbehrliche Theilnahme der practischen Aerzte an der Bekämpfung der grossen Volksseuchen, der Gesundheitspflege überhaupt herbeigeführt werden könne. Der Staat müsse Beziehungen einleiten zwischen den ärztlichen Vereinigungen, betreffs deren Organisation man sich regierungssseitig schon jetzt dahin schlüssig machen könne, auf welchen Grundlagen, unter welchen Vorbedingungen man mit diesen Vereinen in Verbindung treten könne, um gemeinsam mit ihnen den ernstesten Kampf gegen diese Geisseln der Neuzeit aufzunehmen.

Herr Thilenius betonte alsdann nachdrücklich die Nothwendigkeit,

dass die bereits bestehenden Vereine sich zusammenthun und die erforderlichen Organe schaffen sollten. Er exemplificirt hierbei besonders auf Berlin, wo, wenn auch nicht eine Fusion sondern das Zusammenwirken eines gemeinsamen Organes sehr wünschenswerth sei. Seine Ansichten stimmen mit dem überein, was an dieser Stelle in No. 9 ausgeführt worden ist. In der That genügt die bestehende Organisation der Bezirksvereine mit ihrem Centralausschuss noch nicht, um die Medicinal-Reform in Preussen zu Stande zu bringen. Die energische Mitarbeit aller, auch der wissenschaftlichen Vereine ist nöthig, denn die ärztlichen Standesinteressen dürfen nicht so eng defintirt werden, wie es oft genug geschieht. Zu ihnen gehören vielmehr auch die Interessen der wissenschaftlichen Medicin überhaupt. Gewicht werden die Aerzte-Vereine an maassgebender Stelle und vor Allem auch in den Parlamenten nur dann erlangen, wenn sich ihren Bestrebungen die Coryphäen der medicinischen Wissenschaft und Praxis, wie das in England geschehen ist, anschliessen.

Nach Herrn Thilenius nahm der Cultusminister, Herr von Gossler, das Wort zu folgender Entgegnung:

„Auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten kann ich eine durchaus entgegenkommende Erwiderung ertheilen. Ueber das Stadium allgemeinen Wohlwollens bin ich bereits hinausgekommen; ich befinde mich mitten in der Arbeit. Der Herr Abgeordnete hat selbst angedeutet, dass unter dem etwas nebellhaften Begriff der Medicinalreform ganz verschiedene einzelne Fragen zu begreifen sind, die für mich und für das Land überaus wichtig sind. Die wichtigste ist die: wie unsere Medicinalbehörden zu reorganisiren sind? Ueber diese Frage mich näher zu verbreiten, muss ich mir leider versagen, wie auch der verehrte Herr Abgeordnete auf diese Vorschläge nicht weiter eingegangen ist. Leider ist auch diese Frage eine Finanzfrage; und weil sie das ist, muss ich mich doppelt vorsichtig aussprechen. Was die weiteren Gesichtspunkte anbetrifft, welche auf die Verwendung der ärztlichen Vereine sich beziehen, so möchte ich zweierlei unterscheiden. Wer sich in das Einzelne näher vertieft, wird finden, dass bereits heute seitens der Medicinalbehörden und zwar in besonderem Maasse seitens der Centralbehörden auf die Mitwirkung der ärztlichen Vereine ein ganz erheblicher Werth gelegt wird. Ich erinnere an eine Circularverfügung meines Vorgängers in Beziehung auf die Statistik und alles, was damit zusammenhängt. Anders liegt allerdings die Frage nach der Organisation der Vereine. Ich erkenne an, dass, nachdem die Gewerbeordnung die Aerzte aus einer Quasi-Beamtenstellung in die Stellung von Quasi-Gewerbetreibenden hinübergeschoben hat, es in der That ein sehr berechtigtes Verlangen der ärztlichen Vereine ist, durch eine organische Gliederung ein gewisses Gegengewicht gegen diese gewerbliche Strömung zu schaffen. Man kann sich nur freuen über die Blüthen, welche das ärztliche Vereinsleben in vielen Theilen unseres Vaterlandes bereits getrieben hat. Der geehrte Herr Vorredner, der sich ja eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat, wird mir aber zugeben, dass die Organisation der ärztlichen Vereine eine ungemein ungleiche ist, ja, dass in einzelnen Landestheilen kaum Rudimente davon vorhanden sind. In dieser Thatsache liegt für die Verwaltung eine grosse Schwierigkeit, und zwar vor allem auf legislativem Gebiet — ich spreche hier übrigens mehr Ideen aus, als dass ich mich verpflichten will, sie schon als Programm für ein legislatives Vorgehen aufzustellen. Die Schwierigkeiten liegen darin, dass, entgegen der Organisation der Anwälte, auf welche die Herren Aerzte immer hinweisen, es unmöglich ist, ohne Aenderung der Reichsgesetzgebung den ärztlichen Vereinen denjenigen Inhalt zu geben, den die Anwaltskammern als ihren wichtigsten Kern haben: Das ist die Ausübung der Disciplin, die Mitwirkung bei der Entlassung der Aerzte, und alles, was dahin gehört. Für die Aerzte sind diese wichtigen Fragen durch die Gewerbeordnung geregelt und alle meine bisherigen Versuche, durch Nachdenken eine Form zu finden, um inner-

halb der Gewerbeordnung den ärztlichen Vereinen eine den in dieser Richtung hervorgetretenen Wünschen entsprechende Stellung zu geben, sind nicht mit ausreichendem Erfolge gekrönt worden. Die Herren wissen, dass die Gewerbeordnung in Ansehung der behördlichen Organisation ganz bestimmte Vorschriften giebt, und das preussische Kompetenzgesetz ist rücksichtlich dieser einschlägigen Materie in gewissem Sinne nur ein Ausführungsgesetz zur Gewerbeordnung selbst. Auf diesem Gebiete würde es meines Erachtens daher recht schwierig sein, einen Wandel zu schaffen, der nur durch Aenderung der Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden könnte. Ein dritter Punkt, der auch in das Gebiet der Medicinalreform hineinfällt, ist die Ausführung des §. 53 der Gewerbeordnung. Bekanntlich kann Aerzten um deswillen, dass sie die Eigenschaften, die bei ihrer Anstellung erfordert wurden, verloren haben, die Concession nicht entzogen werden, und das ist in der That von meinem Standpunkt aus ein hervorragender Missstand. Wenn auch, Gott sei Dank, aus den statistischen Nachweisungen, die darüber eingefordert worden sind, sich ergibt, dass die Zahl der Fälle, in denen Aerzte sich so vergangen haben gegen die öffentliche Sicherheit, dass man hätte wünschen müssen, sie ganz aus der ärztlichen Thätigkeit ausscheiden zu sehen, sehr selten sind, so sind doch die Fälle, die in dieser Hinsicht vorkommen, theilweise sehr flagrant. Und den Wunsch der Herren Aerzte muss ich als wohlberechtigt anerkennen, solche Collegen aus ihrem Stande ausgestossen zu sehen. Auch ich würde wünschen, dass in dieser Beziehung Wandel geschaffen werden könnte und ich werde mich angelegentlichst dafür bemühen, dass auf dem Gebiet der Reichsgesetzgebung seiner Zeit eine Anregung hierzu gegeben werde.“

Wir dürfen es dankbar begrüßen, dass der Cultus-Minister, dem seitens der preussischen Aerzte ein seltenes, aber unserer Ansicht nach gerechtfertigtes Vertrauen entgegen gebracht wird, auch hier wieder das Richtige getroffen hat. Ganz besonders ist aus seiner Entgegnung hervorzuheben, dass auch er keine Form findet, um innerhalb der Gewerbeordnung den ärztlichen Vereinen eine ihren Wünschen entsprechende Stellung zu geben. Es entspricht dies dem, was oft genug an dieser Stelle wie in den Verhandlungen der Berliner medicinischen Gesellschaft über die Puscherei ausgesprochen worden ist. Dies muss dies um so mehr betont werden, weil in den Grundzügen einer deutschen Aerzteordnung, die der Geschäftsausschuss des Aerzte-Vereins-Bundes angenommen hat, die Bedingungen formulirt sind, unter welchen die gegenwärtig bestehende Einreihung der Aerzte unter die Gewerbeordnung den Wünschen und Ansichten der überwiegenden Mehrheit der deutschen Aerzte entsprechen soll. Wir hoffen, dass die Vereine diese Grundzüge, die wir im Ganzen durchaus billigen, einer eingehenden Discussion unterziehen werden. Es unterliegt für uns keinem Zweifel, dass der grösste Theil der dort formulirten Forderungen innerhalb der Gewerbeordnung ganz unmöglich zu erfüllen ist. Minister v. Gossler hat in seiner Rede zur rechten Zeit demnach auf's neue begründet, was hervorragende Juristen und Kenner unserer Verwaltung, wie der verstorbene Geh. Rath v. Brauchitsch wiederholt betonten. Ehe man an die Details der Medicinal-Reform geht, muss daher der Regierung die Basis geschaffen werden, auf der eine Aerzte-Ordnung überhaupt möglich ist, und man sollte doch endlich aufhören, in ärztlichen Kreisen die Furcht zu erwecken, als wenn mit dem Heraustreten aus der Gewerbe-Ordnung gleichzeitig die frühere falsche unfreie Stellung der Aerzte einschliesslich des berühmten Zwangs-Paragraphen wieder hergestellt werden müsse.

Die ganze Frage der Medicinal-Reform gehört übrigens, wie ich so oft darzulegen suchte, in letzter Instanz wesentlich der öffentlichen Gesundheitspflege an. Der Staat hat ebenso seine Justizorganisation einschliesslich der Anwaltsordnung wahrlich nicht gemacht, um den Juristen und speciell den Anwaltschaften eine ihnen genehme Stellung zu verschaffen, sondern weil er der Ueberzeugung war, dass nur auf diesem Wege die Rechtsprechung und die Entwicklung des Rechtes gesichert sei. Ganz in dem gleichen Sinne halten wir an dem Worte Virchow's fest, dass der medicinische Unterricht und setzen wir hinzu, noch mehr die Organisation des Medicinalwesens nur um deswillen nöthig ist, weil die Aerzte diejenige Befähigung und dann, wenn sie Sanitätsbeamte sind, diejenige Stellung erhalten müssen, durch welche allein die öffentliche Gesundheitspflege ermöglicht werden kann.

Von diesem Standpunkt aus fordern wir Alle, denen das Wohl des ärztlichen Standes und damit das der öffentlichen Gesundheitspflege in Staat und Gemeinde am Herzen liegt, auf, noch einmal zu prüfen, ob auch nur die ersten Forderungen an eine Organisation des ärztlichen Standes erfüllbar sind, so lange derselbe der Gewerbeordnung untersteht. Kommen die Aerzte, wie ich hoffe, mit dem Minister v. Gossler zu der Ueberzeugung, dass dies nicht der Fall, so ist es mehr als je Zeit, offen Farbe zu bekennen und die Gleichgesinnten vielleicht unter folgender Parole zu vereinigen:

1. Wir Aerzte verlangen eine allgemeine Deutsche Aerzteordnung, welche unsere Interessen wahrt und uns dadurch erst in den Stand setzt, die Pflichten zu erfüllen, die unser Beruf uns der Allgemeinheit gegenüber auferlegt.

2. Eine solche Aerzteordnung ist ebenso wie z. B. eine Anwaltsordnung nicht möglich, so lange wir, nach § 29 der Deutschen Gewerbeordnung, „Gewerbetreibende“ sind.

3. Wir fordern daher, als Grundlage für jede weitere Reform, dass aus § 29 der Deutschen Gewerbeordnung der Passus gestrichen werde, welcher sich auf die Aerzte bezieht.

P. Boerner.